

23

82

Union in Deutschland

Bonn, den 22. Juli 1982

Helmut Kohl zur Lage

Helmut Kohl hat am 9. Juli 1982 an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgenden Brief geschrieben:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Koalitionstheater ist der Vorhang nach einem weiteren Zwischenakt wieder gefallen. Es war vorherzusehen, daß auch dieses Mal wieder der FDP am Ende der Mut und die Kraft fehlen würde, die als längst notwendig erklärte Wende zu vollziehen. Und es war richtig, daß wir uns nicht haben nervös machen lassen. Den Wechselbädern von überzogenen Erwartungen und nachfolgender Enttäuschung, die uns manche verabschieden wollen, dürfen wir uns nicht unterziehen.

Die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind mit dem von SPD und FDP aufgestellten Haushaltsentwurf wieder nicht erreicht. In unserer kürzlich versandten Stellungnahme haben wir den erneuten Versuch der Täuschung unserer Mitbürger aufgedeckt.

Den Schaden davon tragen alle — die Arbeitslosen, die Arbeitnehmer, die Selbständigen und die Unternehmer, die Familien und die Rentner. Deshalb kann es keine Frage sein, daß diese Regierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt ab-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ BUNDESPARTEI

CDU/CSU: Jetzt über eine Million Mitglieder Seite 4

■ SPD/FDP

FDP gerät in den Abwärtsog einer in sich gespaltenen SPD
 Lambsdorff ist ein politischer Geisterfahrer
 Die Union setzt in Hessen auf Sieg Seite 5—7

■ KPV

Gemeinden müssen finanziell entlastet werden Seite 8

■ KOALITION

Austrittswelle bei SPD und FDP Seite 9

■ CDU WESTFALEN-LIPPE

Parteitag verabschiedete einen neuen Leitantrag zur Alterssicherung Seite 11

■ AUSLÄNDER

Deutsche und Ausländer — eine gemeinsame Zukunft Seite 13

■ DOKUMENTATION

Weltweite Arbeitsgemeinschaft demokratischer Parteien grüner Teil

Die nächste Ausgabe des UID erscheint am 19. August 1982.

(Fortsetzung von Seite 1)

gelöst werden muß — allein, den Zeitpunkt bestimmen nicht wir, sondern den Zeitpunkt bestimmt entweder die jetzige Bundestagsmehrheit, oder er wird von den Wählern bestimmt werden. Wir bleiben auf jeden denkbaren Fall vorbereitet. Jeder wird aber verstehen, daß wir darüber keine öffentliche Diskussion führen können. Das gilt sowohl für die sachlichen wie für die persönlichen Vorbereitungen.

Der Streit in der SPD/FDP-Koalition — allen beschwörenden Appellen zur Einigkeit zum Trotz — geht unverändert weiter. In der FDP spürt man mehr und mehr, daß die Krise der Koalition die eigene Existenz bedroht. Die Auseinandersetzung um die Schuldzuweisung ist voll entbrannt, und die Partei schwankt zwischen der Einsicht, daß etwas Entscheidendes geschehen muß, und der Hilflosigkeit, die Kraft zum Handeln mehr und mehr zu verlieren.

Die SPD hat die wachsende Manövrierunfähigkeit der FDP erkannt, und begonnen, sie zynisch auszunutzen. Ansätze einer Strategie zur Vernichtung des eigenen Koalitionspartners sind unübersehbar. Der Flirt mit Grünen und Alternativen ist aufgenommen, um nach Verschleiß des derzeitigen Partners eine neue Beziehung vorzubereiten.

Zugleich sind die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD im Kern noch weit dramatischer als die in der FDP. Zwischen dem Flügel einer traditionellen Arbeiterpartei, die sich in den 60er Jahren zur Volkspartei öffnen wollte und dem Flügel einer von den Sorgen des Alltags weit entfernten, ideologisch motivierten neuen Linksbewegung verringern sich die Gemeinsamkeiten immer mehr auf das nackte Kartell zum Machterhalt. Die Folge ist eine Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung und ein Verzicht auf politische Führung.

Die trostlose Lage der Koalitionsparteien erhöht die Verantwortung der Union. Wir sind nicht nur die größte politische Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die einzige, die die Kraft und die Geschlossenheit hat, die notwendigen Entscheidungen durchzusetzen:

Wir haben in unserer 7-Punkte-Offensive den Weg aufgezeigt, wie die Krise von Wirtschafts- und Staatsfinanzen überwunden werden kann. Energische, aber auch gerecht verteilte Sparmaßnahmen und die vorurteilsfreie Überprüfung aller, auch angeblich tabuisierter Besitzstände sind unvermeidlich, um Lähmung und Resignation zu überwinden, um Leistungs- und Investitionsbereitschaft zurückzugewinnen und um Vertrauen und Mut zur Zukunft zu schaffen.

Wir, und nur wir, können die verhängnisvolle Entwicklung zu Lasten unserer Familien, deren verheerenden Folgen nicht nur für die junge Generation sich zunehmend zeigen, noch aufhalten.

Wir werden die Gebote ökonomischer Vernunft — Überwindung der Arbeitslosigkeit, Sicherung eines maßvollen und stetigen Wirtschaftswachstums und Erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten — mit der Verant-

wortung in Einklang bringen müssen, die natürlichen Lebensgrundlagen auch für uns nachfolgenden Generationen unversehrt zu halten.

Und wir haben die Pflicht, die Grundentscheidung der Bundesrepublik Deutschland für Frieden und Freiheit durch die Einigung des freien Europas und durch das westliche Bündnis weiterhin durchzusetzen. Die als Antiamerikanismus nur mühsam getarnte neutralistische Welle muß jetzt gebrochen werden. Wir wissen, daß nur so der Friede in Freiheit sicher bleibt, und daß wir nur so unserer Verantwortung vor der Geschichte als Deutsche im freien Teil unseres Vaterlandes gerecht werden.

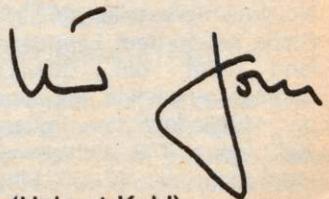
In diesen Jahren stehen grundlegende Entscheidungen über die Zukunft des westlichen Bündnisses an. In der SPD gibt es für die bislang gemeinsam getragene Bündnispolitik keine Mehrheit mehr. Allein schon deshalb muß die Regierung so rasch wie möglich abgelöst werden.

Ich wiederhole es: Unsere Verantwortung ist groß, und sie wird durch die Entscheidungsunfähigkeit der SPD/FDP-Koalition noch gesteigert. Den Zeitpunkt, zu dem wir die Führung der Bundesregierung zu übernehmen haben, kennen wir nicht. Wir dürfen uns darüber auch nicht in Spekulationen verlieren, sondern wir müssen uns für jeden Zeitpunkt vorbereitet halten. Und wir müssen dafür arbeiten, daß die Wähler ihren Wunsch nach einer Ablösung der SPD/FDP-Koalition von Mal zu Mal noch deutlicher zum Ausdruck bringen, im Herbst in den Landtagswahlen in Hessen und Bayern, im Frühjahr in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, und schließlich in Bundestagswahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Es wird ein anstrengender Weg für uns werden, bis zur Übernahme der Bundesregierung und erst recht danach. Unsere Geschlossenheit in den Grundsätzen und in allen wichtigen Sachfragen ist ein hohes Gut, ist die Voraussetzung dafür, daß wir diesen Weg für unser Land erfolgreich gehen werden. Wir dürfen sie nicht zerreden lassen. Unsere Gegner werden das auch weiterhin versuchen; es ist die Pflicht jedes einzelnen von uns, sich nicht dazu verführen zu lassen.

Die Wochen der Parlamentsferien schenken uns allen eine Atempause von dem Streß des Bonner Alltags. Ich wünsche Ihnen, daß Sie sie für sich und Ihre Familien nutzen können.

Mit herzlichen Grüßen



(Helmut Kohl)

■ BUNDESPARTEI

CDU/CSU: Jetzt über eine Million Mitglieder

Die Union ist in der Bundesrepublik Deutschland die mitgliederstärkste politische Kraft. Nach der jetzt vorliegenden Halbjahresbilanz 1982 verfügen CDU und CSU zusammen mit den Mitgliedern der Vereinigungen (Junge Union, Sozialausschüsse z. B.), die nicht gleichzeitig der Partei angehören, über eine Stärke von 1 043 650 Mitgliedern.

Die CDU hat so viele Mitglieder wie noch nie. Ende des Monats Juni betrug die Zahl 711 344. Damit wurde allein im ersten Halbjahr 1982 ein bereinigter Gesamtzuwachs von 6 228 Mitgliedern erzielt. Im Vergleich über einen Zehnjahreszeitraum hat die CDU ihre Mitgliedschaft glatt verdoppelt. Ende 1971 betrug die Zahl 355 745 Mitglieder. Die CDU ist die einzige unter den deutschen Parteien, die in jüngster Zeit zugenommen hat und deren Mitgliederzahl weiter wächst.

Bei den Landesverbänden ist der größte Mitgliederzuwachs nach einer erfolgreichen Mitgliederwerbemaßnahme bei der CDU Rheinland zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1982 verbuchte die CDU Rheinland eine bereinigte Vergrößerung um 2 040 Mitglieder. Damit hat der größte CDU-Landesverband knapp 134 000 Mitglieder. Zusammen mit den knapp 129 000 Mitgliedern des Landesverbandes Westfalen-Lippe beträgt der Mitgliederstand der CDU in Nordrhein-Westfalen 262 167. An zweiter Stelle hinter dem Landesverband Rheinland folgt der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein mit einer Steigerung der Mitgliederzahlen im ersten Halbjahr 1982 um 1 376. Schleswig-Holstein hat jetzt mehr als 42 000 Mitglieder. Fazit: Auch am erfreulichen Zuwachs der Mit-

gliederzahlen läßt sich ablesen, daß die CDU nicht nur die wählerstärkste, sondern auch die mitgliederstärkste deutsche Volkspartei ist.

(Vgl. auch Seite 9 Koalition: Austrittswelle bei SPD und FDP.)

Mißbrauch des Vermittlungsausschusses

Anläßlich der Anrufung des Vermittlungsausschusses zu der Regelung des Bundessozialhilfegesetzes durch den Bunderrat erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger:

Verschiedene durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz eingetretene Kürzungen im Bereich des Bundessozialhilfegesetzes (wie die Gewährung des Zusatztaschengeldes an Heimbewohner und die stärkere Heranziehung von Eltern behinderter Kinder) hatten zu erheblichen, sozialpolitisch nicht vertretbaren Härten bei den Betroffenen geführt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nahm dies zum Anlaß, bereits am 28. April 1982 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bei der Gewährung des sog. Zusatztaschengeldes an Heimbewohner die Wiederherstellung des alten Rechtszustandes vorsah. Das nunmehr eingeleitete Vermittlungsverfahren hätte sich erübrigt, wenn die Koalition von SPD und FDP bereit gewesen wäre, frühzeitig auf Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Länder einzugehen.

Es ist unerträglich, daß seitens der Regierungskoalition immer wieder versucht wird, umstrittene Fragen nicht im Verlauf des normalen Gesetzgebungsverfahrens abzuklären, sondern es fast schon zur Gewohnheit geworden ist, derartige Fragen dem Vermittlungsausschuß zuzuweisen. Eine solche Praxis zeigt mit aller Deutlichkeit eine zunehmende Störung im Verfassungsgefüge, für die die Koalition die Verantwortung zu tragen hat.

■ SPD/FDP-KOALITION

FDP gerät weiter in den Abwärtssoğ einer in sich gespaltenen SPD

Auch die FDP ist inzwischen von der SPD angesteckt: Ein fauler Apfel verdirbt den anderen. So charakterisierte Heiner Geißler vor der Bonner Presse die gegenwärtige Situation von SPD und FDP. Der Zerfall und das Scheitern ihrer Politik seien nicht über Nacht gekommen, erklärten der Generalsekretär, sondern sind die Folgen der inneren Krise beider Parteien.

Die SPD steckt in einer dreifachen Identitätskrise. Sie besteht heute in Wirklichkeit aus drei Parteien: dem sozialistischen, dem ökologischen und dem traditionell gewerkschaftlichen Flügel. Mit der versuchten Integration der außerparlamentarischen Opposition nach 1968 hat die SPD wieder radikal-sozialistische Ideen in sich aufgenommen, die die gesamte Partei weit hinter Godesberg zurückführen. Auch der Versuch der Integration der grünen und alternativen Bewegung wird scheitern. Beide Integrationsstrategien verschärfen die Identitätskrise und lähmen die Handlungsfähigkeit der SPD. Gleichzeitig hat die SPD ihre Glaubwürdigkeit als soziale Arbeitnehmerpartei verloren.

Nach neuesten Umfragen geben 44% der angelernten Arbeiter und 48% der Facharbeiter der CDU ihre Stimme; für die SPD lauten die Anteile 45% bzw. 38%. Die Gründe liegen auf der Hand. Es gab noch nie eine Zeit in der Nachkriegsgeschichte, in der die Arbeitnehmer und sozial Schwachen so benachteiligt wurden wie in den vergangenen 13 Jahren.

Den drei Richtungen in der SPD ist ge-

meinsam, daß sie auf die neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit mit reaktionären, aber gegensätzlichen Strategien antworten. Die SPD, mit der Industriegesellschaft entstanden und auf diese fixiert, zeigt sich außerstande, den Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft zu bewältigen.

Die Sozialisten in der SPD antworten auf Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit mit staatlichem Dirigismus und Planwirtschaft. Die Alternativen in der SPD verharmlosen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Der Gewerkschafts- und Kanzlerflügel in der SPD denkt von Haushalt zu Nachtragshaushalt und will an der Macht bleiben.

Die Politik der Freien Demokraten ist in besonderer Weise unberechenbar und widersprüchlich geworden. In Hessen hat sie ihre Koalitionsaussage zugunsten der CDU mit dem richtigen Argument begründet, daß mit den Sozialdemokraten eine vernünftige Wirtschaftspolitik nicht mehr zu machen sei. In Bonn straft sie aber diese Wahrheit Lügen, denn sie setzt mit derselben SPD die Koalition fort. Durch das Festhalten der FDP an der Koalition trägt sie die volle Verantwortung für die Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise.

Lambsdorff ist ein politischer „Geisterfahrer“

Zu den Äußerungen von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (nach dpa), „auch mit einer von der Union geführten Bundesregierung würde die Wirtschaftspolitik (...) so bleiben wie bisher“ und „er

sei sich mit der CDU-Spitze völlig einig, daß sich daran auch bei einer anderen Regierung „überhaupt nichts ändern würde“, erklärte in der SWF-Sendung „Ein Wort zur Politik“ (Sonnabend, 17. Juli 1982, 14.00 Uhr) Heiner Geißler:

Von einer solchen Einigung ist der CDU-Führung nichts bekannt. Zwischen dem Grafen Lambsdorff und der CDU-Führung hat es weder Gespräche geschweige denn eine Einigung über die Wirtschaftspolitik gegeben. Das Gegenteil von der Behauptung des Grafen Lambsdorff ist richtig. Die von ihm zu verantwortende Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat zu Millionen-Arbeitslosigkeit, ausufernder Staatsverschuldung, zunehmender Wirtschaftskonzentration mit Konkursen von über 100 000 mittelständischen Betrieben und zu einer tiefgreifenden Verunsicherung der deutschen Wirtschaft geführt.

Die Äußerungen des Grafen Lambsdorff sind zu bewerten als ein verzweifelter Versuch, seine gescheiterte Wirtschaftspolitik bei Unternehmern und Handwerkern anzubiedern, indem er den guten Namen der CDU und ihre wirtschaftspolitische Kompetenz mißbraucht. Der Bundeswirtschaftsminister mag sich auf dem richtigen Weg wähnen, in Wirklichkeit ist er ein politischer Geisterfahrer, der seit Jahren an der Seite der SPD wirtschaftspolitisch in die falsche Richtung fährt und mit seiner Wirtschaftspolitik über 100 000 mittelständische Unternehmen in den Straßengraben des Bankrotts und der Konkurse getrieben hat.

Ein neuer Anfang kann nicht mit einer Politik gewonnen werden, die unser Land in die schwerste Krise der Nachkriegszeit geführt hat. Unser Land muß aus dieser, auch von der FDP voll zu verantwortenden Krise durch eine neue Politik, durch eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, wieder herausgeführt werden. Darum werden wir, wenn wir die Verantwortung tragen, folgende grundsätzliche Entscheidungen fällen:

— wir werden die Eigenkapitalbildung der Unternehmen stärken, indem wir die für neue Investitionen im Betrieb verbleibenden Gewinne steuerlich begünstigen;

— wir werden den Mittelstand wieder stärken und eine Offensive für Unternehmensneugründungen einleiten; junge Menschen sollen Chancen bekommen, eine eigene Firma zu gründen; daher werden wir ihnen bei Beschaffung des Startkapitals helfen, indem wir Ansparmodelle zur Existenzgründung, wie z. B. beim Bau-sparmodell, initiieren;

— wir werden die Einführung eines Investivlohnes erleichtern und damit die Eigenkapitalbildung der Unternehmen verbessern, maßvolle Tarifabschlüsse erleichtern, dadurch die Kostenbelastung der Unternehmen senken und gleichzeitig die Arbeitnehmer zusätzlich an der Vermögensbildung beteiligen;

— wir werden die Rahmenbedingungen schaffen, damit der Wohnungsbau wieder in großem Stil angekurbelt wird; andere Industrien — z. B. die Möbelindustrie, die Textilindustrie, die Elektroindustrie — werden davon profitieren und einen Aufschwung erleben;

— wir werden den technischen Fortschritt, z. B. beim Bau von Kernkraftwerken und bei der Nutzung alternativer Energien, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen; es muß ein Ende haben, daß Milliardensummen nicht investiert werden — und entsprechend Zehntausende von Arbeitsplätzen nicht geschaffen werden können, weil die dazu notwendigen politischen Entscheidungen nicht gefällt werden.

Die Union setzt in Hessen auf Sieg

Knapp zwei Monate vor der hessischen Landtagswahl am 26. September 1982 beurteilt die CDU ihre Chancen optimistisch, in Hessen einen Regierungswechsel zu vollziehen, erklärte Peter Radunski, Bundesgeschäftsführer der CDU.

Nachdem in drei Wahlkämpfen in den siebziger Jahren die CDU unter Führung Alfred Dreggers bereits zur stärksten politischen Kraft in Hessen geworden ist, geben Analysen der politischen Lage und Umfragen der CDU eine realistische Aussicht, ihr Wahlziel zu erreichen und einen Regierungswechsel in Hessen herbeizuführen. Nach einer Umfrage des CONTEST-Instituts im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Mai 1982 erhalten die CDU 48,5 bis 49,5 Prozent, die SPD 35 Prozent, die FDP 4 bis 5 Prozent, die Grünen 7 bis 9 Prozent und Sonstige etwa 1 Prozent.

Obwohl zahlreiche landespolitische Gründe für die Ablösung der Regierung Börner in Hessen sprechen, wird die CDU eine bundespolitische Auseinandersetzung im hessischen Landtagswahlkampf dann nicht scheuen, wenn die SPD und FDP als Wahlkampfmuster die siebziger Jahre aufleben lassen und mit bundespolitischen Argumenten Landtagswahlen in Hessen führen. Für die Landtagswahlen in den siebziger Jahren in Hessen war es typisch, daß SPD und FDP sie unter bundespolitischen Aspekten geführt haben und ihre Koalition in diesem Lande mit bundespolitischen Argumenten begründet haben. In einer veränderten politischen Landschaft dürfte diese Wahlkampfstrategie nicht mehr aufgehen.

Die wirtschaftliche Unsicherheit, die Sorge der Wähler um die Zukunft und ihre Unzufriedenheit mit der zerstrittenen SPD/FDP-Koalition im Bund haben einen starken bundesweiten politischen Trend zugunsten der CDU ausgelöst, der sich in allen jüngeren Umfragen als stabil erweist; und schon bei den Landtagswahlen dieses Jahres in Niedersachsen und Hamburg zugunsten der Union durchgeschlagen hat.

Nach der Koalitionsaussage der FDP zugunsten der CDU können SPD und FDP nicht mehr geschlossen auftreten und gemeinsam argumentieren.

In allen wirtschaftlichen Fragestellungen trauen die Wähler der CDU mehr zu als der SPD. Da die CDU diesen Kompetenzvorsprung gerade in den Fragen hat, denen der Wähler die Priorität zumißt, kann sie auch einer bundespolitischen Auseinandersetzung im Landtagswahlkampf Hessen gelassen entgegensehen.

Selbst die früheren Paraded Themen der SPD bei Landtagswahlen — Ansehen des Kanzlers und Friedenspolitik — haben ihre Strahlkraft verloren, wie die Hamburger Bürgerschaftswahl gezeigt hat.

Die CDU wird im Landtagswahlkampf Hessen einen Integrationswahlkampf führen. Integration als typische politische Aufgabe von Volksparteien wird dabei auf das Wahlkonzept ausgedehnt, so daß die CDU auf Zustimmung breiter Wählerschichten rechnen kann, die nicht aus politischen Grundanschauungen, sondern aus politischer Zweckmäßigkeit der Union ihre Stimme geben wollen.

Zur Wahlkampfführung in Hessen hat die Bundespartei der hessischen Landespartei alle erdenkliche Unterstützung zugesagt und enorme organisatorische Anstrengungen unternommen. Im zentralen Bundesrednereinsatz wird es im September einen neuen Rekord geben. Bei insgesamt 189 Einsätzen werden mit Helmut Kohl und Heiner Geißler an der Spitze 19 CDU-Spitzenpolitiker und drei CSU-Spitzenpolitiker eingesetzt. Helmut Kohl wird davon allein 26 Einsätze bestreiten.

Es ist vorgesehen, die von der Bundespartei in den nächsten Monaten geplanten Aktionen inhaltlich auf den hessischen Landtagswahlkampf abzustimmen und die hessischen Kreisverbände mit besonderen Materialien auszustatten. Mit einer Sommerkampagne des Landesvorsitzenden Alfred Dregger, der Landtagsfraktion und der hessischen Kreisverbände wird dafür Sorge getragen, daß vor der entscheidenden politischen Auseinandersetzung in Hessen kein Sommerloch entsteht.

■ KPV

Gemeinden müssen finanziell entlastet werden

Bei der Vorlage des Aktionsprogramms der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) zur aktuellen Finanzpolitik für die Städte, Gemeinden und Kreise erklärt der Bundesvorsitzende der KPV, MdB Horst Waffenschmidt:

Bund und Länder werden nachdrücklich aufgefordert, die Städte, Gemeinden und Kreise endlich bei den wachsenden Ausgaben aufgrund staatlicher Gesetze und Verordnungen zu entlasten. Städte, Gemeinden und Kreise können dies nicht aus eigener Kraft, denn rund 90 Prozent ihrer Ausgaben werden durch staatliche Festlegungen bestimmt. Die zahlreichen Initiativen und Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände, zuletzt vorgetragen im Finanzplanungsrat, müssen jetzt endlich aufgegriffen werden.

Der Entwurf zum Bundeshaushalt 1983 vernachlässigt aufs neue in unverantwortlicher Weise die berechtigten Forderungen der Städte, Gemeinden und Kreise, weil durchgreifende Haushaltsentlastungen für die kommunalen Körperschaften nicht vorgesehen sind. Es darf nicht wieder so werden wie beim Bundeshaushalt 1982, wo die Entlastungswirkungen zu 84 Prozent für den Bundeshaushalt, zu 12 Prozent für die Landeshaushalte und nur zu knapp 4 Prozent für die kommunalen Haushalte festgelegt wurden.

Hinzu kommen noch die zusätzlichen Belastungen, die den kommunalen Haushalten durch die sogenannte Operation '82

aufgebürdet wurden. Deshalb werden Bundestag und Bundesrat nachdrücklich aufgefordert, bei der Beratung des Bundeshaushaltes 1983 für nachhaltige Entlastung der gemeindlichen Haushalte zu sorgen.

Die Kommunalpolitiker der Union wollen Steuererhöhungen und weitere Verminderung der kommunalen Investitionen möglichst vermeiden. Aber die Städte, Gemeinden und Kreise werden zu solchen Maßnahmen, die ganz und gar nicht in die konjunkturpolitische Landschaft passen, gezwungen, wenn die Ausgabenflut durch Gesetz und Verordnungen anhält.

Nachdrücklich sind die Forderungen der Länder auf einen höheren Anteil der Länders an der Mehrwertsteuer zu unterstützen und die Ansprüche der Bundesregierung auf einen höheren Anteil des Bundes abzulehnen. Jeder Prozentpunkt mehr an den Bund würde den kommunalen Haushalten 500 Mio. DM pro Jahr kosten. Jeder Prozentpunkt mehr an die Länder kann die Investitionskraft der Städte, Gemeinden und Kreise stärken.

Die Kommunalpolitiker der Union wollen nicht nur Forderungen an Bund und Länder stellen, sie werden erneut im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Anstrengungen verstärken, die gegenwärtige schwierige wirtschaftliche Situation zu überwinden und Arbeitsplätze zu sichern. Sie wollen zum Beispiel

a) verbliebene finanzielle Möglichkeiten auf solche Investitionen konzentrieren, die weitere private Investitionen ermöglichen, z. B. bei Versorgung und Entsorgung neuer Wohn- und Gewerbegebiete.

b) kostensparende Technologien bei der kommunalen Infrastruktur weiter erproben und soweit wie möglich anwenden.

c) weitere Sparinitiativen beim Verwaltungsaufwand ergreifen.

d) die ehrenamtlichen und privaten Kräfte im kommunalen Bereich weiter ermutigen und zur Bewältigung anstehender Aufgaben aktivieren.

■ KOALITION

Austrittswelle bei SPD und FDP

Nach jüngsten Erhebungen haben die Sozialdemokraten binnen Jahresfrist per saldo fast 33 000 Mitglieder verloren — das sind 3,3 Prozent. Die SPD, die es noch vor vier Jahren auf die Rekordzahl von 1 025 000 Mitgliedern brachte, bewegt sich inzwischen auf nur noch 900 000 Parteibuchinhaber zu.

Auch die FDP ist voll im Abwärtssog. Sie verlor allein im Juni dieses Jahres 1 500 Mitglieder. Die Liberalen rätseln noch fassungslos über die Ursachen der Austrittswelle. „Rechte“ und „Linke“ schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Macht der eine Flügel den versäumten Koalitionswechsel in Bonn für den Mitgliederschwund verantwortlich, sieht der andere Flügel die Ursache eher in der Koalitionsaussage zugunsten der CDU in Hessen.

Noch kennt bei ihnen niemand die genauen Ursachen oder mag sie nennen. Der SPD-Führung aber liegen seit langem konkrete Analysen über die Mitgliederentwicklung vor. Eine Untersuchung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, daß in den Großstädten besonders viele Parteibücher zurückgegeben wurden.

In München, Frankfurt und Köln etwa sind die Mitgliederzahlen seit 1973 um jeweils mehr als 20 Prozent gesunken. Vor allem die Arbeiter in den Ballungsregionen haben sich von den Sozialdemokraten abgewandt, seit immer mehr Intellektuelle in der Partei den Ton angeben (nur noch 30 Prozent der SPD-Mitglieder sind Arbeiter).

Die Hauptursachen für den Vertrauensentzug sind Filz und kommunalpolitische Fehlleistungen der SPD. Auch die Bonner

„Großwetterlage“ hat viele Parteibuchinhaber verdrossen. Schließlich, so belegen alle Analysen, wandern immer mehr junge SPD-Mitglieder in Richtung Alternativbewegung ab.

Nur noch etwa 16 Prozent der SPD-Mitglieder gehören der Altersgruppe 16 bis 30 Jahre an. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, dessen Integrationskurs vor allem auf jene Altersgruppen zielte, muß sich um die „biologische Zukunft“ der Partei sorgen. Dabei hat er es doch allen recht machen wollen.

Der Fall Urschlechter

Der spektakuläre Austritt des Nürnberger Oberbürgermeisters Andreas Urschlechter aus der SPD muß zum Auftakt des bayerischen Landtagswahlkampfes als demonstratives Signal gewertet werden: Schließlich ist er nicht irgendein Genosse, sondern dienstältester Großstadt-OB im Bundesgebiet und Chef von Bayerns zweitgrößter Stadt, und kennt diese Partei aus rund 30jähriger Mitgliedschaft.

Die Begründung für den Trennungsstrich läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Die SPD habe sich immer mehr von einer bürgernahen Volkspartei wegentwickelt und vertrete zunehmend klassenkämpferische Tendenzen.

Diese eindeutige Analyse zeigt erneut schlaglichtartig die doppelte Krise der Sozialdemokraten auf. Sie sind unfähig, die konkreten Sachprobleme der Bürger vor Ort aufzugreifen und zu lösen, weil sie durch ideologische Grabenkriege zerrissen sind und sich lieber an der alternativen Kultur der Wachstumsgegner und weltfremden Aussteiger orientieren als an der Mehrheit der Bürger, nämlich den Arbeitnehmern.

So ist dieser Schritt des letzten wirklich profilierten Kopfes der bayerischen SPD zu diesem Zeitpunkt auch eine ganz bewußte Antwort auf die allgemeine inner-

parteiliche Entwicklung und den Niedergang in Bonn.

Heute muß die SPD gerade in den Ballungszentren ihre schwersten Verluste hinnehmen: München, Frankfurt, Berlin, Hamburg. In Bayern stellt die SPD heute nur noch zwei Oberbürgermeister.

Genossen fordern Schmidts Rücktritt

SPD-Bundesvorstandsmitglied Oskar Lafontaine und SPD-Berater Günter Gaus haben Bundeskanzler Helmut Schmidt offen zum Aufgeben aufgefordert. Lafontaine: „Die SPD muß raus aus der Regierung in Bonn. So wie die Dinge liegen, ist Regeneration der Partei nur in der Opposition möglich.“

Nach den unmißverständlichen Worten des Saarbrücker Oberbürgermeisters „begreift Schmidt nicht, was in der Jugend vorgeht. Und er wird es auch nicht begreifen, wenn die SPD in Hessen bei 30 Prozent landet“.

In der Illustrierten „Stern“ fordert SPD-Berater Günter Gaus zum Sturz von Schmidt auf: „Gerettet hat Schmidt, daß niemand es gewesen sein wollte, der ihn stürzt. Die SPD muß bald aus dem Gebüsch heraustreten, hinter dem sie derzeit ihre Wunden leckt. Wahrscheinlich ist es schon zu spät. Aber muß es nicht versucht werden? Die Sozialdemokraten, die nach Schmidt kommen, Brandt, Vogel, Rau, haben keine Zeit zu verschenken.“

Baum durch die Praxis widerlegt

Zum Verrat eines Abhörauftrages durch einen der DKP angehörenden Fernmeldehandwerker der Deutschen Bundespost erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dietter Spranger:

Von Tag zu Tag wird deutlicher, daß die Politik von Innenminister Baum ein Sicherheitsrisiko für unseren Staat darstellt. Während er mit verharmlosenden Äußerungen für den aus seinem Ministerium kommenden Gesetzentwurf wirbt, in dem bei der Verletzung von Treuepflichten im öffentlichen Dienst künftig nach Aufgabe und Funktion des Amtsträgers unterschieden werden muß, wurde ein Fall bekannt, der den Bundesminister des Innern veranlassen müßte, seinen Gesetzentwurf sang- und klanglos verschwinden zu lassen: Ein Fernmeldehandwerker der Deutschen Bundespost, der Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei ist, hat Telefonkunden über die Absicht der Sicherheitsbehörden unterrichtet, ihre Telefongespräche legal abzuhören.

Damit wird die Mär vom „harmlosen“ kommunistischen Lokomotivführer, der wegen seiner untergeordneten Stellung keine Gefahr für den Staat darstelle, ad absurdum geführt. Aktive Extremisten, die es sich zum Ziele gesetzt haben, unsere freiheitliche Ordnung zu zerstören, haben im Staatsdienst nichts zu suchen, weil sie in jeder auch noch so untergeordneten Funktion den Staat gefährden können.

FDP sperrt Mittel für Judos

Die FDP hat die Mittel für die ihr nahestehenden Jungdemokraten bis zu dem Zeitpunkt gesperrt, an dem die Frage ihrer Zusammenarbeit mit den beiden liberalen Jugendorganisationen, den Jungdemokraten und den Jungen Liberalen, geklärt ist.

Die Jungen Liberalen, bei deren Angehörigen es sich im Gegensatz zu den Jungdemokraten ausschließlich um FDP-Mitglieder handelt, bemühen sich schon seit langem um die offizielle Anerkennung durch die FDP und die Gleichstellung mit den Jungdemokraten sowie um entsprechende finanzielle Förderung durch die Partei.

■ CDU WESTFALEN-LIPPE

Parteitag verabschiedete neuen Leitantrag zur Alterssicherung

„Locker, gelöst, dennoch diszipliniert, arbeits- und diskussionsfreudig“, so beschreibt eine große westfälische Tageszeitung den 38. CDU-Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe Anfang Juli in Siegen. Der zweitgrößte Landesverband der CDU hatte sich zu einem Arbeitskongreß in den südlichsten Zipfel des Landes zurückgezogen.

Zur Debatte standen mit den Anträgen des Landesvorstandes zur Weiterentwicklung des Systems der Alterssicherung sowie „Arbeit in Westfalen-Lippe“ Themen, die wegen der katastrophal steigenden Arbeitslosenzahlen und der Finanzmisere brandaktuell sind.

Die nordrhein-westfälische CDU-Spitze, der westfälische Landesvorsitzende und Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, Kurt Biedenkopf, und der rheinische Landesvorsitzende Bernhard Worms nutzten das Forum des Parteitages zu massiver Kritik an der Landes- und der Bundesregierung. Kurt Biedenkopf erklärte u. a. in seinem Rechenschaftsbericht wörtlich: „Unsere Bürger stehen heute mit leeren Händen da. Die öffentlichen Kassen sind leer und eine Besserung ist nicht in Aussicht. Schon die leichte Verringerung einer Neuverschuldung in den kommenden Jahren wird als finanz- und haushaltspolitischer Fortschritt dargestellt.“ Die Zahl der Arbeitslosen wachse, keine Hoffnung auf Besserung weder in Bonn noch in Düsseldorf, an der sich die Menschen orientieren könnten, sei in Sicht. An die Stelle von

Mut und Zukunftsaussicht seien Resignation und Rückzug ins Private getreten.

Biedenkopf erklärte weiter: „Die Bundesregierung hat jede Kraft verloren. Die Koalitionspartner tragen sie nicht mehr. Ein tiefer Riß ist nicht nur zwischen den beiden Partnern entstanden, sondern auch innerhalb der beiden Parteien, die uns regieren sollten. Die Koalition löst keine Probleme mehr, die Koalition ist selbst zum Problem Nummer eins unseres Landes geworden.“

Nicht kraftvolle Zukunftsgestaltung, sondern Agonie sei das Warenzeichen der Bundesregierung und der Landesregierung. Vom historischen Bündnis der Sozialisten und Liberalen sei nur eine Ruine geblieben. Diese Ruine sei für viele Sozialdemokraten so unbewohnbar geworden, daß sie sich entweder nach der Gartenlaube der Grünen oder in die Opposition sehnten.

Unter dem Beifall der 450 Delegierten rief Biedenkopf aus: „Rau in Düsseldorf hält den Regierungswechsel in Bonn nicht mehr für ein nationales Unglück, und dies ist einer der wenigen Fälle, wo ich ihm nur nachhaltig zustimmen kann.“ Kurt Biedenkopf forderte eine umfassende Erneuerung unseres Landes. Diese Erneuerung sei besonders im Ruhrgebiet notwendig. „Das Problem des Ruhrgebietes ist nicht, mehr Geld, mehr Subventionen, mehr staatliche Interventionen, mehr staatliche Einmischungen. Das Ruhrgebiet braucht wieder einen Auftrag, der ihm sagt, wo es langgeht, braucht jemanden, der die Bremsklötze wegnimmt, von denen Rainer

Barzel immer wieder gesprochen hat, braucht jemanden, der der neuen Technologie eine Gasse bahnt und der die Kräfte freisetzt, die im Revier darauf warten, ihre eigene Zukunft zu gestalten, ohne Bürokratie, ohne Bevormundung und ohne staatliche Gängelei."

Auch die Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen und auch weite Teile des ländlichen Raumes, die in letzter Zeit besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen seien, bedürften der Erneuerung. Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen habe sich jetzt vor den Landtag gestellt und den Gemeinden, wie er sagte, ihre Autonomie und ein Stück ihrer Freiheit zurückgegeben. Biedenkopf: „Aber es war die Freiheit, Menschen zu entlasten, Ausgaben zu kürzen, dem Bürger Lasten aufzuerlegen und bisher versprochene und vom Land Nordrhein-Westfalen verlangte Leistungen zurückzunehmen.“

„Diese Art von Freiheit brauchen die Gemeinden nicht; Gemeinden, Kreise und Städte müssen wieder die Möglichkeit haben, mit ihren Bürgern zusammen in demokratischer Selbstverwaltung ihre Zukunft selbst so zu gestalten, wie sie es vor Ort für richtig halten.“

Viel Beifall erhielt auch der Vorsitzende der CDU Rheinland, Bernhard Worms, der Westfalen und Rheinländer zu gemeinsamer Kraftanstrengung aufrief, um den politischen Wechsel in Bonn und Düsseldorf zu erreichen. Die Stunde der CDU in Nordrhein-Westfalen, da war sich Worms ganz sicher, schlägt im Frühjahr 1985 bei den nächsten Landtagswahlen.

Mit großer Mehrheit verabschiedete der Parteitag den Leitantrag zur Alterssicherung. Danach soll vom Gesetzgeber nicht mehr jährlich festgelegt werden, ob und um wieviel die Renten steigen. Vielmehr soll einmalig und damit auf Dauer politisch entschieden werden, wieviel Prozent die Nettoeinkünfte der Rentner von dem je-

weils frei verfügbaren Einkommen der erwerbstätigen Beitragszahler ausmachen sollen.

Wachsende Abgabenlast für die Erwerbstätigen soll über eine entsprechende Bereinigung der allgemeinen Bemessungsgrundlagen bei den Renten berücksichtigt werden. Eine Rentensteigerung soll also im Gleichschritt mit der Einkommensentwicklung der Erwerbstätigen gesichert werden; gleichzeitig soll aber verhindert werden, daß die Renten den Erwerbseinkommen davonlaufen.

Siegen war ein wichtiger Markstein für die westfälische CDU. Nach gründlicher Reorganisation steht der Landesverband erstarkt da und hat beste Chancen, die kraftlos gewordene SPD an Rhein und Ruhr abzulösen. Das Fazit des Landesvorsitzenden: „Die Partei ist in Ordnung. Die Stimmung ist gut.“

Verantwortungslos gegenüber Berlin

In ungewöhnlich scharfer Form haben sich die drei westlichen Alliierten gegen die stufenweise Streichung der Zuschüsse im Berlin-Flugverkehr gewandt. Hierzu erklärte Helmut Kohl: Die Berliner werden es mit Dankbarkeit vermerken, daß die Schutzmächte ihre Verantwortung für Berlin ernst nehmen. Damit haben die westlichen Schutzmächte mehr Gespür für die politisch-psychologische Lage der Inselstadt gezeigt als die Bundesregierung mit ihrer unverantwortlichen Streichaktion. Berlin braucht mehr materielle und ideelle Unterstützung als jede andere Stadt. In der Tat dringend nötige Einsparungen wären an ganz anderer Stelle denkbar, z. B. durch eine Kürzung der Straßenbenutzungspauschale, die nach der Halbierung des innerdeutschen Reiseverkehrs sowohl sachlich angebracht als auch rechtlich zulässig wäre.

■ AUSLÄNDERPOLITIK

Deutsche und Ausländer – für eine gemeinsame Zukunft

Am 20. und 21. Oktober 1982 wird die CDU im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eine wissenschaftliche Fachtagung zum Thema „Deutsche und Ausländer“ — Für eine gemeinsame Zukunft“ veranstalten. Mit diesem Kongreß erfüllt die CDU einen Auftrag ihres letzten Bundesparteitages vom November 1981 in Hamburg, erklärte Generalsekretär H. Geißler auf einer Pressekonferenz in Bonn:

Die CDU wird auf diesem Kongreß die Situation der ausländischen Einwohner in Deutschland umfassend analysieren und Wege zur Lösung der Probleme aufzeigen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor der großen Aufgabe, das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern so zu gestalten, daß der verpflichtende Auftrag unserer Verfassung, die unantastbare Würde des Menschen zu achten und zu schützen, umfassend erfüllt wird und so der soziale Friede erhalten bleibt.

Bei ihrer Ausländerpolitik läßt sich die CDU von folgenden grundsätzlichen Erwägungen leiten:

In der Ausländerpolitik ist grundsätzlich danach zu differenzieren, ob es um Ausländer geht, die bereits hier leben oder um Ausländer, die in die Bundesrepublik Deutschland einreisen wollen.

Die Grundwertebindung ihrer Politik verpflichtet die CDU zur sozialen Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in unsere Gesellschaft.

Wir werden darauf hinarbeiten, daß „die

ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien

— während ihres Aufenthaltes in Deutschland unter menschenwürdigen Bedingungen leben;

— ihre personale und berufliche Zukunft selbst wählen können;

— ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahren und dadurch

— die Möglichkeit der Rückkehr und Wiedereingliederung in ihr Heimatland offenhalten können“ (Grundsatzprogramm der CDU, Ziffer 105).

Ausländer, die sich in der Bundesrepublik Deutschland legal aufhalten, sollen auch in Zukunft hier leben können. Der Kongreß wird sich daher mit allen Maßnahmen, die zur Integration der Ausländer erforderlich sind, beschäftigen. Insbesondere wird er debattieren, wie die konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Zukunftschancen der zweiten und dritten Ausländergeneration aussehen müssen.

Eine weitere Zuwanderung von Ausländern darf nicht unkontrolliert und bedingungslos erfolgen.

Ausländern mit Rückkehrabsichten muß die freiwillige Rückkehr in die Heimat erleichtert werden.

Der Kongreß der CDU wird sich u. a. konzentrieren

— auf die Perspektiven für ausländische Arbeitnehmer und ihrer Familien in Wirtschaft und Gesellschaft,

— auf die Perspektiven für jugendliche Ausländer in Bildung und Ausbildung

— und auf die Möglichkeiten und Grenzen der Integration.

■ STICHWORT

Jugendschutzgesetz

Das geltende Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit (JSchÖG) gilt seit 1957 unverändert und ist inzwischen dringend reformbedürftig. Die Einflüsse, die die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen, sind heute stärker geworden: Rauschmittelsucht, namentlich Alkoholmißbrauch und Drogenkonsum, sind bedrohliche Signale.

Bereits seit 1969 fordert die CDU/CSU eine Reform des Jugendschutzgesetzes. Die Fachverbände der Jugendhilfe sowie Vertreter von Jugend- und Ordnungsbehörden haben immer wieder nachdrücklich auf bestehende Mängel des Gesetzes hingewiesen. Die SPD/FDP-Koalition hat zwar mehrfach entsprechende Schritte zur Novellierung des Gesetzes angekündigt, doch dabei ist es dann auch jahrelang geblieben.

Der nun — im Juni 1982 — vom Bundeskabinett vorgelegte Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Jugendschutzgesetzes enthält zahlreiche Forderungen der Union, so z. B. die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs Minderjähriger oder den Schutz von Kindern vor Kriegsspielautomaten.

Wenn der vorliegende Entwurf auch in einzelnen Fragen Verbesserungen bringt, so scheint es jedoch vor allem bedenklich, daß die Altersgrenze für den Diskothekenbesuch von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt werden soll. Nach Auffassung der CDU ist es für 14jährige nicht von Vorteil, wenn ihnen voraussetzungslos der Aufenthalt in kommerziellen Diskotheken bis 24 Uhr gestattet werden soll.

Hier wie auch in anderen Punkten des Kabinettsentwurfes wird die Union bei den Beratungen in Bundestag und Bundesrat die notwendigen Korrekturen durchzusetzen versuchen.

Seminare für Aktionsleiter

Zur Unterstützung der Mitgliederwerbung in den Verbänden der CDU bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle im 2. Halbjahr 1982 drei 1 1/2-Tagesseminare an. Diese stehen unter dem Thema: „Parteien und Öffentlichkeit“.

Der Teilnehmerkreis sollte sich aus Personen zusammensetzen, die aufgrund eines Vorstandsbeschlusses im Kreis- und Ortsverband Beauftragte für Mitgliederwerbung sind. Auf den Seminaren wird die gezielte Durchführung einer Mitgliederwerbung nach dem KontaktermodeLL aufgezeigt. Es handelt sich dabei also nicht um eine Kontakterschulung, sondern um eine Ausbildung für Aktionsleiter.

Als Termine sind vorgesehen:

22. bis 23. 9. (mit Übernachtungsmöglichkeit auf den 24. 9. 1982)

26. bis 27. 9. (ohne Übernachtungsmöglichkeit auf den 28. 9. 1982)

27. bis 28. 9. (mit Übernachtungsmöglichkeit auf den 29. 9. 1982)

Die Seminare beginnen jeweils am ersten Tag um 17.00 Uhr und enden am zweiten Tag um 18.30 Uhr.

Die Veranstaltungen werden in der Nähe von Bonn stattfinden. Für Unterkunft und Verpflegung entstehen keine Kosten. Fahrtkostenerstattung wird gemäß Tarif 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn (Eigenbeteiligung 20 DM) gewährt. Der Teilnehmerbeitrag liegt bei 30 DM.

Anmeldungen richten Sie bitte an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle

z. Hd. Herrn Hartwig

Konrad-Adenauer-Haus

5300 Bonn 1

Telefon (02 28) 5 44 - 4 66

Zur Sache:

SPD und FDP vor dem finanziellen Chaos Ende statt Wende ?

Wieder sollen die Unternehmen und der kleine Mann die Zeche zahlen

Die Bundesregierung ist mir ihrem Latein am Ende. Ihre Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1983 beweisen erneut: SPD und FDP stehen hilflos vor dem Scherbenhaufen ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik.

Die Bonner Koalitions-'Partner' sind so zerstritten, daß sie sich über die notwendigen **Ausgabenkürzungen** zur Sanierung des Bundeshaushaltes nicht einigen können.

Stattdessen sollen wieder einmal die Unternehmen und der kleine Mann durch Steuer- und Abgabenerhöhungen geschöpft werden: Rentner, Arbeitslose, Kranke, Arbeitnehmer und ihre Familien werden zur Kasse gebeten:

- Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung steigen von 4,0 auf 4,5 Prozent zusätzlich zu der Beitragserhöhung von 1 % ab 1.1.1982.
- Die Rentner müssen vorzeitig einen Beitrag zur Krankenversicherung zahlen.
- Den Arbeitslosen werden die Rentenansprüche gekürzt.
- Kranke müssen eine höhere Rezeptgebühr und bestimmte Arzneimittel selbst bezahlen.
- Ehegatten zahlen mehr Einkommensteuer, weil der Splitting-Vorteil eingeschränkt wird.

Die Urteile über diese Beschlüsse sind vernichtend:

- Eugen Loderer, IG-Metall Vorsitzender:

"Es ist ein Jammer, daß diese Koalition sich offenbar nur noch mit solchen Operationen am Leben halten kann"

- Deutscher Gewerkschaftsbund:

"sozialpolitisch unausgewogen, konjunktur- und beschäftigungspolitisch verfehlt"

- Deutscher Industrie- und Handelstag:

"Kompromiß auf wackligem Grund"

Es ist Zeit für einen neuen Anfang.

Was wir jetzt dringend brauchen ist:

- eine Förderung von privaten Investitionen und eine Stärkung der Eigenkapitalbildung der Unternehmen,
- eine stärkere Förderung des Mittelstandes und mehr Möglichkeiten für junge Menschen, sich selbständig zu machen,
- eine Verstärkung des Wohnungsbaus,
- eine Förderung des technischen Fortschritts als Schlüssel für mehr Arbeitsplätze,
- eine Erleichterung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand,
- mehr Teilzeitarbeitsplätze und eine flexible Ausgestaltung der Lebensarbeitszeit.

So sieht die Offensive der Union für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik aus.* So werden wir die Wende in der Politik herbeiführen. Aus Verantwortung für Deutschland.

CDU
II sicher
sozial
und frei

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, 172*

*Wenn Sie sich genauer über diese
Offensive der CDU informieren wollen,
schreiben Sie an die:
CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 24./31. 7. *Junge Union Saar*
 Berlin-Seminar, Berlin
5. 8. *Junge Union Niedersachsen*
 Landesvorstandssitzung,
 Hannover
6. 8. *LV Hessen*
 KGF-Konferenz, Herborn
6. 8. *LV Hessen*
 Landesvorstand, Herborn
7. 8. *EAK Schleswig-Holstein*
 Sitzung, Kiel
13. 8. *LV Hessen*
 5. Wahlkampfkommission,
 Wiesbaden
14. 8. *MIT Hessen*
 Landesmittelstandstag,
 Frankfurt
14. 8. *Junge Union Hessen*
 Landesausschuß, Mülheim
17. 8. *KPV Schleswig-Holstein*
 Landesrat, Kiel
17. 8. *LV Bremen*
 Landesvorstandssitzung,
 Bremen
18. 8. *Frauenvereinigung*
 Schleswig-Holstein
 AK Friedens- und
 Sicherheitspolitik, Kiel
20. 8. *MIT Schleswig-Holstein*
 Landesvorstandssitzung, Kiel
21. 8. *LV Hessen*
 Landesparteitag Darmstadt
21. 8. *Junge Union Niedersachsen*
 Fachtagung, Oldenburg
23. 8. *Frauenvereinigung*
 Schleswig-Holstein
 AK Familie und Schule,
 Kiel
24. 8. *LV Hessen*
 Wirtschaftspol. Ausschub,
 Wiesbaden
25. 8. *KPV-Bund*
 Bundesvorstand/Hauptausschuß,
 Frankfurt am Main
- 27./28. 8. *CDU-Bund*
 BFA Jugendpolitik,
 7. Sitzung als
 Klausurtagung, Bonn
30. 8. *LV Berlin*
 Landesvorstand, Berlin
30. 8. *CDU-Präsidium*
 Sitzung, Bonn
31. 8. *MIT Westfalen-Lippe*
 Sauer-/Siegerland
 BV-Sitzung, Werdohl
1. 9. *CDA Rheinland*
 Klausur GF-LV/Sozialsekretäre,
 Bödefeld
2. 9. *Frauenvereinigung*
 Westfalen-Lippe
 Landesvorstand, Dortmund
3. 9. *LV Westfalen-Lippe*
 Geschäftsf. Landesvorstand,
 Dortmund

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud